Warmbrunner Nachrichten

Tageszeitung für das Riesengebirge. — Wöchentlich 2 Beilagen: eine illustrierte und eine Roman-Beilage.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung. Gerichtsstand für beide Teile Hirschberg im Riesengebirge.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene mm-Zeile 7 Rpf., für auswärtige Inserenten 9 Rpf., die 3-gespaltene Reklame-mm-Zeile 20 Rpf. bezw. 30 Rpf., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer. Druck und Verlag: P. Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3, Fernsprecher Nr. 115. — Postscheck-Konto: Nr. 6746 Breslau.

Nummer 299 — Sonnabend, den 21. Dezember 1929 — 48 Jahrgang

Eine Finanzdiktatur „Schacht"?

Hilferding in Nöten. — Volksbegehren für Beamte frei. — Deutschlands Außenhandel zurückgegangen. — Eine Strafverfolgung Hugenbergs vom Reichstag abgelehnt. — Snowden dementiert die Fehler Pertinax'. — Finanzkrise bedingt Parlamentsvertagung.

Neues in Kürze.

* In parlamentarischen Kreisen wird wegen der Schwierigkeiten der Kredigestaltung mit einem sofortigen Rücktritt des Reichsfinanzministers Hilferding gerechnet.

* In der tschechischen Kammer wurden gegen den Außenminister Dr. Benesch schwere Korruptionsvorwürfe erhoben.

* Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat eine Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Hugenberg abgelehnt.

* Nach drei Monaten aktiver Außenhandelsbilanz ist im Monat November diese bedauerlicherweise wieder passiv geworden.

Politischer Wochenspiegel.

Die leeren Reichskassen. — Die Schwierigkeiten bei dem Tabaksteuergesetz. — Eher Verzicht auf Youngplan als Sanktionen.

Wie eine Bombe schlug die Nachricht ein, die Reichskassen seien leer und der Reichsfinanzminister hätte schwere Sorgen, wie er die Beamtengehälter zu Ultimo aufbringen könne. Dabei wird sich wohl mancher die Frage vorgelegt haben, weshalb wir denn eigentlich einen Finanzminister haben, der doch im Bilde sein müßte und uns sagen könnte, wie die Kassenlage sei. Es ist doch nicht gut anzunehmen, daß er auf das große Wunder gewartet hat; denn jeder Geschäftsmann weiß, daß ein rechtzeitig gesuchter Kredit billiger und leichter zu erhalten ist als ein solcher in letzter Minute. Es hätte doch mindestens schon vor drei bis vier Monaten der Versuch gemacht werden müssen, sich nach Krediten umzusehen. Man hätte dann auch nicht notwendig gehabt, große Rücksichten auf den Reichsbankpräsidenten zu nehmen und ihn um gut Wetter zu bitten, der jetzt, nachdem er die nötigen Sicherheiten erhalten hat, sich bereiterklärte, den notwendigen Kredit von 465 Millionen zu beschaffen. Dieses Versagen des Finanzministers ist unverzeihlich und fordert die schärfste Kritik heraus. Er hat schuld, wenn jetzt die Unruhe umgeht, er trägt die Verantwortung, wenn der Kredit, der schließlich fließen wird, nicht so aussieht, wie er aussehen könnte und kostspielig ist auf Kosten der Steuerzahler.

*

Wenn auch die Koalitionsparteien durch die Verpflichtung, das Sofortprogramm bis Weihnachten zu erledigen, gewillt sind, die ab 1. Januar gültige Erhöhung der Tabaksteuer durchzuführen, so läßt sich doch noch nicht übersehen, wie eine Verständigung über Einzelheiten dieses Gesetzes erreicht werden kann. Vielfach wird gerade in der Kontingentierung eine drohende Gefahr für den Konsumenten erblickt, also für denjenigen, den doch die ganze Steuer wirklich auch erheblich angeht und der in dem ganzen Kampfe überhaupt nicht gefragt worden ist. Man will daher nur dann sich einverstanden erklären, wenn die Kontingentierung auf kurze Zeit befristet wird. Sodann ist zu berücksichtigen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen Zigarretten und Zigarren gemacht werden soll, und schließlich wird der Hinweis nicht von der Hand zu weisen sein, daß die Zigaretten-Konzerne sich nur aufbauen konnten mit den Mitteln des Staates, weil dieser in der Steuerstundung zu weitgehend entgegenkam. Es ist kein Geheimnis, daß die großen Zigarettenfabriken, die nach und nach fast alle kleinen aufgekauft haben, derart verschuldet sind, daß überhaupt keine Möglichkeit mehr besteht, die rückständigen Steuern einzutreiben. Die Steuerrückstände sind höher wie der Wert der einzelnen Unternehmungen. Unseren Finanzministern, nicht nur Hilferding, sondern auch seinen Vorgängern, ist vorzuwerfen, daß sie die Steuerrückstände dieser Industrie zu hoch anwachsen ließen. Am besten wäre es jedenfalls, die Rückstände, wenn schon auf das Monopol verzichtet wird, ganz zu streichen, da der Staat die Fabriken nicht auf eigene Rechnung führen kann und tatsächlich auch nur Maschinen erwerben würde, die einen Bruchteil der Steuern decken. Sollte der Reichstag wider Erwarten über diese Verluste diesmal hinweggehen, so wird sich bei der Finanzreform und schließlich auch bei der Etatsberatung genug Gelegenheit bieten, die Frage anzuschneiden, die ungesunde Verhältnisse klären muß.

*

Wir haben in den letzten Tagen so [illegible]ige innere Fragen zu lösen gehabt, daß der Blick auf die größte Frage, die uns bewegt, stark verdunkelt wurde. Nur gelegentlich und schüchtern tauchte bei allen Verhandlungen die Frage auf: Was wird mit dem Youngplan? Man ist in Deutschland der festen Ueberzeugung, an den Vorabmachungen, die noch Stresemann traf, lasse sich nicht mehr viel ändern. Und doch muß bei den beteiligten Mächten die Ansicht vorherrschen, daß noch tiefeinschneidende Aenderungen möglich sind, sonst hätte sich nicht einmal aus Frankreich, einmal aus England, dann wieder aus Prag das Gerücht von geplanten Anträgen verbreiten können, die dem Youngplan eine bestimmtere Form geben wollen, eine Form, die alte Abmachungen über den Haufen zu werfen imstande ist.

Vielleicht war es doch voreilig, daß man in Deutschland immer wieder auf die Vorlegung der Reichsfinanzreform drang. Die von Stresemann empfohlene Taktik läßt sich freilich noch nicht beurteilen, es kann aber sehr wohl sein, daß die deutschen Unterhändler sich neuen Forderungen im Haag gegenübersehen, die die runde Absage Deutschland an den Youngplan bedingen. Nun kommt aus Paris die Meldung, der englische Schatzkanzler Snowden wolle nichts mehr und nichts weniger, als den Antrag stellen, daß in den Youngplan, der bekanntlich keine Sanktionen vorsieht, doch Sanktionen für den Fall aufgenommen werden, wenn Deutschland seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommt. Und zwar soll, wie es heißt, die Reparationskommission verewigt werden. Diese Meldung hat selbstverständlich in Deutschland große Ueberraschung hervorgerufen. Sie kommt aus heiterem Himmel und würde allen Vereinbarungen widersprechen, die schließlich schriftlich zu Protokoll gebracht worden sind. Möglich, daß Pertinax, der diese Sensation verbreitete, den Wunsch nach Sanktionen auf diesem Wege populär machen und eine Debatte anregen will, um die Ansicht der Beteiligten festzustellen. Aber ohne weiteres ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß der englische Schatzkanzler den Einfall gehabt haben kann, England unbedingt das Einkommen aus dem Youngplan zu sichern. Er hat ja mit pedantischer Gewissenhaftigkeit bereits im Haag den Standpunkt vertreten, daß England genug geschädigt sei und nicht das geringste neue Opfer bringen könne. Er hat für wenige Millionen, die England nichts bedeuten, selbst um den Preis gehandelt, daß die Haager Konferenz auseinanderfällt. Von deutscher Seite wird heute bereits erklärt, daß mit allem Nachdruck alle Anträge abgelehnt werden würden, die über den dem Youngplan einmal gegebenen Rahmen hinausgehen. Deutschland würde nicht zögern, auf den Youngplan zu verzichten, wenn etwa wieder Sanktionen in den Vertrag aufgenommen werden sollten.

Schachts Forderungen.

Finanzprogramm der Regierung wieder in Frage gestellt.

Berlin, 20. Dezember.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im Reichstag kann mitgeteilt werden:

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seine schon früher erhobene Forderung auf stärkere Garantie für die Reichsanleihe aufrechterhalten. Alle in den letzten Tagen unternommenen Versuche, den Reichsbankpräsidenten umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Nachdem nunmehr die Kreditverhandlungen in der amerikanischen Bankengruppe zunächst als gescheitert zu betrachten sind, hat der Reichsbankpräsident erklärt, daß er den von der Regierung benötigten Ueberbrückungskredit nur dann garantieren kann, wenn die Regierungsparteien im Reichstag ein Initiativgesetz einbringen, durch das die Schaffung eines Tilgungsfonds für die schwebende Reichsschuld festgelegt wird. Dieser soll bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen Mark durch Einsparungen und Steuererhöhungen erreichen. Tatsächlich bedeutet die Erfüllung dieser Forderung des Reichsbankpräsidenten, daß die Parteien auf die Durchführung des von der Regierung vorgeschlagenen Finanzprogramms, als auch in der Hauptsache das Steuersenkungsprogramm zunächst verzeichnen müssen.

Sollte das vom Reichsbankpräsidenten verlangte Gesetz von den Regierungsparteien eingebracht werden, dann wäre es notwendig, daß der Reichstag noch bis zum Montag zusammenbleibt, da wegen der Fristen die erste Lesung des Gesetzentwurfes nicht vor Sonnabend erfolgen könnte. In der Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern wurden diesen die Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten mitgeteilt. Inzwischen sind die Fraktionen zusammengetreten, um sich mit der neuen Lage zu beschäftigen. Die Zentrumsfraktion hat, wie verlautet, zum Ausdruck gebracht, daß sie vom Reichsbankpräsidenten eine bindende Erklärung wünscht, ob es sich hier um seine letzte Bedingung handelt und ob er nach Einbringung des gewünschten Gesetzes die Garantie für eine In- und Auslandsanleihe des Reiches übernehmen würde. Im bejahenden Falle würde das Zentrum bereit sein, einen solchen Initiativantrag zu unterschreiben.

*

Wird dem Ersuchen des Reichsbankpräsidenten stattgegeben, so haben wir die zunächst abgelehnte Finanzdiktatur; sie heißt dann ohne Befragung der Parteien Dr. Hjalmar Schacht.

Die Fraktionen stimmen zu

Die Fraktionen der Regierungsparteien haben der Forderung der Regierung auf Vorlegung eines Initiativgesetzes zur Schaffung eines Tilgungsfonds zugestimmt. Der Antrag ist bereits von allen Regierungsparteien unterzeichnet und ging sofort dem Reichstag zu.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die im Finanzprogramm der Regierung enthaltenen Vorschläge zur Steuersenkung infolge dieser neuen Lage nicht vor dem 1. 10. 1930 werden in Kraft treten können. Von volksparteilicher Seite wird demgegenüber betont, daß die Deutsche Volkspartei an der restlosen Durchführung der zum Finanzprogramm mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen festhält. Beim Reichstagspräsidenten hofft man, daß eine Montagsitzung des Reichstages nicht mehr erforderlich sein wird, den Reichstag bis dahin zusammenzuhalten. Man glaubt vielmehr, daß, wenn die erste Beratung des Initiativgesetzes in der Freitagsitzung infolge kommunistischen Widerspruches scheitern sollte, man am Sonnabend nicht nur die erste, sondern auch die zweite Lesung vornehmen könnte, da die Regierungsparteien wahrscheinlich auf eine Ausschußberatung verzichten werden. Unter diesen Umständen könnte die dritte Lesung und die Schlußsitzung des Reichstages in einer Sitzung in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag stattfinden.

Rücktritt Hilferdings?

Er bildet das Hindernis für eine Anleihe.

Berlin, 20. Dezember.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding neuerlich dadurch stark erschüttert worden, daß man in gewissen Kreisen der Ansicht sein soll, daß sein Verbleiben im Amt den Abschluß einer Anleihe, gleichgültig ob es sich um einen Inland- oder Auslandkredit handelt, unmöglich machen würde. Man hält aber daher einen Rücktritt des Reichsfinanzministers nicht für ausgeschlossen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Beamte dürfen sich bei jedem zugelassenen Volksbegehren eintragen.

= Leipzig, 20. Dezember.

In dem Verfassungsstreit um das Recht der Beamten, sich am Volksbegehren und am Volksentscheid zu beteiligen, hat der Staatsgerichtshof auf die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen gegen das Land Preußen für Recht erkannt:

Die in Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährleisteten Freiheit ihrer politischen Gesinnung umfaßt das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen. Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen.

Ein französischer Fühler.

Snowden dementiert . . .

London, 20. Dezember.

Was die Behauptung von Pertinax anbelangt, daß Snowden Sanktionen gegen Deutschland in Aussicht nehme für den Fall der Ablehnung bestimmter Teile des Youngplanes, so handelt es sich hier wahrscheinlich um eine reichlich weit gehende Ausnutzung der taktisch außerordentlich günstigen Stellung Frankreichs für den Haag.

Die arbeiterparteiliche Regierung lehnt eine Sanktionspolitik jeder Art grundsätzlich ab, und es besteht keinerlei Anhaltspunkt, Snowden hiervon auszunehmen.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Entwicklung in den deutsch-englischen Fragenkomplexen, wie der Eigentumsfrage, und auch die Entwicklung in der Frage des Verzichts auf die Ueberschüsse, die sich aus dem Uebergreifen von Dawes- und Youngplan ergeben, einige Besorgnis verursacht. Aber selbst im Falle der Nichteinigung würde Schatzkanzler Snowden oder die britische Regierung keineswegs auf die alte Politik der Sanktionsdrohung als letztes Mittel des Ausgleichs zurückgreifen.

Von London aus wird der Fehler Pertinax durch das Auswärtige Amt ganz energisch dementiert.

Die Gewinne der Reichsbank.

Stärkere Abgabe an das Reich.

Berlin, 20. Dezember.

In politischen Kreisen ist erwogen worden, in Zukunft auch die Gewine der Reichsbank in stärkerem Maße als bisher für die Zwecke des Reiches heranzuziehen. Das ist durchaus möglich, ohne daß darüber mit den Gläubigermächten verhandelt werden muß.

Im Jahre 1913 wurde auf das Reich ein Reingewinn von 31 Millionen ausgeschüttet, auf die Anteileigner 15,2 Millionen, im Jahre 1924 erhielt das Reich 55,6 Millionen, die Anteilseigner 9 Millionen; im Jahre 1925 erhielt das Reich 12,2 Millionen, die Anteilseigner 12,3 Millionen Vom Jahre 1926 an erhielt das Reich erheblich weniger, nämlich nur 4,2 Millionen, während die Anteilseigner 12,3 Millionen erhielten. 1927 wurden an das Reich 5,5 Millionen, an die Anteilseigner 14,7 Millionen, 1928 an das Reich 5,2 Millionen, an die Anteilseigner 14,8 Millionen gezahlt. Der jährlich von der Reichsbank ausgeschüttete Reingewinn ist nur ein kleiner Teil der erzielten Verdienste. Die Reichsbank hat seitdem erhebliche Reserven gesammelt, und zwar seit 1924 hat sie aus nicht ausgeschütteten Gewinnen nach ihrer jüngsten Bilanz insgesamt 239,6 Millionen offizielle Reserven geschaffen.

Bedeutung des rheinischen Eisenbahnabkommens

Paris, 19. Dezember.

Der „Temps" befaßt sich mit der Veröffentlichung der Abkommen zwischen der Botschafterkonferenz und dem Deutschen Reich über die deutschen Eisenbahnlinien im Rheinland. Das Blatt wirft der hierüber erfolgten, auch in Frankreich veröffentlichten amtlichen deutschen Information vor, daß sie die für Deutschland günstigen Momente des Abkommen einseitig unterstrichen habe. Dies könnte ein schiefes Bild von den Abkommen geben.

Wenn auch die Fragen besonders technischen Charakter aufwiesen, so hätten sie doch nicht weniger politische Bedeutung bezüglich der effektiven Entmilitarisierung des Rheinlandes in Durchführung des Versailler Vertrages. Wenn Deutschland gewisse Eisenbahnbauten in der entmilitarisierten Zone gestattet seien, so habe man auf der anderen Seite die notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, damit die sicheren Bürgschaften nicht kompromittiert werden könnten.

Krawall in der tschechischen Kammer.

Schwere Beschuldigungen gegen Benesch.

Prag, 20. Dezember.

Im Prager Abgeordnetenhause kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch und dem gewesenen Eisenbahn- und Verteidigungsminister Stribrny, der als gewesener Mitarbeiter und Klubkollege Benesch heute dessen gefährlichster Feind ist.

Letzterer erhob gegen Benesch die Beschuldigung, persönlichen Verrats am kranken Ministerpräsidenten Svehla, sowie die Beschuldigung, daß der Außenminister einen wegen Nichtverrechnung von Millionenbeträgen militärgerichtlich verfolgten Obersten namens Hurwan der Verfolgung dadurch entzogen habe, daß er ihn zum tschechoslowakischen Gesandten in Kairo gemacht habe.

Benesch bezeichnete diese Behauptungen als gröbliche Lügen, worauf die Anhänger Stribrnys, der degradierte Generalstabschef Gaida und der gewesene Gesandte in Washington Pergler, antworteten, für die Behauptungen seien amtliche Belege vorhanden. Benesch verteidigte sich, indem er sagte, Hurwan habe als Militärattaché in Washington überhaupt kein festes Gehalt bekommen. Das widerlegte Gesandter Pergler, indem er darauf hinwies, daß er selbst Hurwan monatlich 400 Dollar ausgezahlt habe.

Dr. Benesch erklärte weiter, er werde sich im Einverständnis mit dem Nationalverteidigungsministerium gegen diese Angriffe zur Wehr setzen. Was Stribrny von Svehla gesagt habe, sei eine unerhörte Rohheit und von A bis Z erlogen.

Passive Außenhandelsbilanz.

Leider Einfuhrüberschuß im November.

Berlin, 20. Dezember.

Im November ist die Einfuhr im reinen Warenverkehr um 54,5 Millionen auf 1161 Mill. gestiegen, während die Ausfuhr einschl. 59,6 Mill. Rm. Reparationssachlieferungen einen Rückgang um 100,2 Mill. auf 1153 Mill. Rm. zeigt

Die Außenhandelsziffern ergeben demnach einen kleinen Einfuhrüberschuß von 8 Mill. Rm., der sich unter Berücksichtigung der Reparationssachlieferungen, für die ein Gegenwert nicht eingeht, um 59,6 Mill. Rm. auf 67,6 Mill. Rm. erhöht, gegenüber einem Aktivsaldo von 58 Mill. Rm. im Vormonat, der nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, das die Reparationssachlieferungen zur Ausfuhr hinzurechnet, mit 147 Mill. Rm. ausgewiesen wurde.

Die Zunahme der Einfuhr ist im Berichtsmonat zum überwiegenden Teil auf erhöhte Rohstoffeinfuhr und Einfuhr halbfertiger Waren zurückzuführen, während die Einfuhr von Fertigwaren um 12,8 Millionen Rm. abgenommen hat. Der Ausfuhrrückgang ist in erster Linie durch den Rückgang der Fertigwarenausfuhr um 72,4 Mill. Rm. bedingt und zum Teil als Saisonerscheinung zu werten

Lokales und Allgemeines.

Gedenktage am 21. Dezember.

1804 Der englische Staatsmann Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, in London geb.
1870 Vergeblicher Ausfall der Franzosen aus Paris bei Le Bourget.

Sonnenaufgang	8.08 Uhr	Mondaufgang	22.17 Uhr
Sonnenuntergang	15.53 Uhr	Monduntergang	11.52 Uhr

Wetterlage.

In dem Bereich des Hochdruckgebiets, dessen Kern über England und Nordfrankreich lagert, traten allenthalben im Reich Nachtfröste auf. Am Tage stiegen die Temperaturen im Flachlande meist etwas über Null. Im Norden des Hochs ziehen kräftige Depressionen ostwärts. Ihre Kerne wandern meist von Island um das Nordkap nach dem nördlichsten Rußland und erstrecken ihren Bereich südwärts höchstens bis nach Dänemark. Die Wetterlage dürfte daher zunächst unverändert bleiben.

Voraussichtliche Witterung:

Stellenweise nebeliges, sonst wolkig bis heiter, trocken, bei wenig veränderten Temperaturen

Verbilligte Glückwunschtelegramme.

Zum bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfest sind wieder Weihnachts- und Neujahrs-Glückwunschtelegramme zu wesentlich ermäßigter Gebühr in den Tagen vom 15. Dezember bis einschließlich 5. Januar zugelassen. Bei rechtzeitigem Eingang werden die Telegramme am ersten Weihnachstage bzw. am Neujahrstage und an den Vorabenden zugestellt.

Im Inlandsverkehr werden die Telegramme für die Empfänger sämtlich auf Schmuckblatt ausgefertigt. Die Wahl des Schmuckblattes unter den vorhandenen acht Mustern bestimmt der Absender durch den vor die Anschrift zu setzenden Vermerk „GLx .." nebst Schmuckblattnummer, zum Beispiel „GLx 7". Unter Nummer 7 steht ein dem Zweck besonders angepaßtes neues Kunstblatt „Weihnachtstanne und Silvesterglocke" in Zweifarbenkupferdruck zur Verfügung.

Die Inlandsglückwunschtelegramme können eine beliebige Textfassung erhalten, nur muß der Text als Glückwunsch oder Gruß unzweifelhaft erkennbar sein Man kann aber auch einen festen Text benutzen. 25 derartige, bei den Telegrammannahmestellen einzusehende Texte sind zur Auswahl vorhanden. Jeder feste Text zählt nur als 1 Gebührenwort. Der Absender hat im Urschriftstelegramm in dem sonst für den Text benutzten Raum lediglich die der gewünschten Fassung entsprechende Nummer in Buchstaben anzugeben, zum Beispiel „dreißigneun"; in die Ausfertigung für den Empfänger wird der Text mit vollem Wortlaut aufgenommen, zum Beispiel in dem gewählten Falle der Text Nr. 39: „Wir wünschen ein recht frohes Fest und grüßen herzlichst." Die Gebühren betragen einschließlich Schmuckblattausfertigung 1,50 M. im Orts- und 1,75 M. im Fernverkehr für ein Telegramm bis zu 10 Wörtern; jedes weitere Wort kostet 5 Pf.

Im Auslandsverkehr sind Glückwunschtelegramme zu ermäßigter Gebühr nur nach bestimmten Ländern zugelassen. Nach einigen dieser Länder müssen feste Texte benutzt werden. Schmuckblattausfertigung haben nur wenige Länder zugelassen. Die Gebühren für die Telegramme sind bis zu einem Drittel der vollen Sätze und teilweise noch mehr ermäßigt. Ueber alles Nähere geben die Telegraphenanstalten Auskunft.

Lautsprecher auf Straßen.

Ein Verbot der Breslauer Polizei.

Breslau, 19. Dezember.

An das Breslauer Polizeipräsidium gelangten in der letzten Zeit aus der Bevölkerung heraus immer häufiger Beschwerden über die unerträgliche Zunahme des Straßenlärmes. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, daß die in der Nähe von Radiogeschäften und Cafés wohnhaften Breslauer durch die Reklamelautsprecher ganz empfindlich in ihrer Ruhe gestört würden.

Der Breslauer Polizeipräsident hat sich diesen Beschwerden nicht verschlossen. Als erste Maßnahme eines schärferen Kampfes gegen den Straßenlärm ist ein Verbot der Lautsprecher anzusehen. Der Lautsprecher auf dem Café „Schweidnitzer Torwache" ist auf Intervention des Polizeipräsidenten hin bereits eingestellt worden. Man ist gegenwärtig dabei, in allen Stadtteilen festzustellen, wo störende Lautsprecher im Betrieb sind. Man schätzt, daß es sich um etwa fünfzig Stück handeln dürfte. Bei ihrem Vorgehen stützt sich die Polizei auf eine Verordnung, wonach Musikvorführungen auf der Straße der polizeilichen Erlaubnis bedürfen. Die Lautsprecherdarbietungen werden als solche Vorführungen angesehen. Wie man hört, werden sich die in Frage kommenden Besitzer, da es sich ja um eine generelle Maßnahme handelt, mit dem Verbot abfinden.

Schulferien 1930.

Es bleibt vorläufig beim Alten.

Breslau, 19. Dezember.

Die geplante Neuordnung der Schulferien wird für 1930 für Schlesien noch keine Anwendung finden, da die umfangreichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Daher bleibt es vorläufig noch bei der alten Ordnung. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat nunmehr die Ferien für das Schuljahr 1930/31 wie folgt festgesetzt:

Osterferien: Schulschluß Mittwoch, den 9. April; Schulanfang Donnerstag, den 24. April. Pfingstferien: Schulschluß Freitag, den 6. Juni; Schulanfang 17. Juni. Sommerferien: Schulschluß Donnerstag, den 3. Juli; Schulanfang 7. August. Herbstferien: Schulschluß Freitag, den 26. September; Schulanfang Donnerstag, den 9. Oktober. Weihnachtsferien: Schulschluß Dienstag, den 23. Dezember 1930; Schulanfang Donnerstag, den 8. Januar 1931. Schluß des Schuljahres 1930/31: Dienstag, den 31. März 1931. Osterferien: Schulschluß Dienstag, den 31. März; Schulanfang Mittwoch, den 15. April 1931.

Geschäftsinhaberin überfallen.

Die beiden Räuber verhaftet.

Breslau, 19. Dezember.

Die Geschäftsinhaberin Anna Ermer wurde in ihrem Laden, Vinzenzstraße 2, von zwei jungen Burschen überfallen und niedergeschlagen. Die beiden Täter konnten, da die Polizei rechtzeitig durch Nachbarn alarmiert worden war, verhaftet werden.

Die etwa 40jährige Geschäftsinhaberin Fräulein Ermer hatte die Rolläden des Schaufensters ihres Zigarren- und Papierwarengeschäftes, das sich im Eckhause Vinzenzstraße-Benderplatz befindet, heruntergelassen. Als sie im Begriff war, anschließend auch den Rolladen an der Tür herunterzulassen, erschienen zwei junge Leute vor der Tür. Der eine der beiden verlangte von ihr einige Zigaretten, woraufhin sich Fräulein Ermer herumdrehte, um die Zigaretten zu holen. Im gleichen Augenblick wurde die Geschäftsinhaberin von den Burschen am Halse gepackt und zu Boden gerissen. Der andere ließ gleichzeitig den Rolladen an der Tür herunter, um zu verhindern, daß Passanten etwa den verbrecherischen Vorgang beobachteten. Als die Ueberfallene schreien wollte, schlug der Bursche auf sie ein und griff ihr in den Mund. Obwohl Fräulein Ermer

---

Des Mitleids Liebe.

Roman von Robert Fuchs-Lisla.

Das war alles, was die Zeit von Wappler brachte, der einsam in seiner Vogelstube saß und die Lieder vergessen hatte, die er seine Vögel lehren wollte.

* * *

Wohl war es ein Trubel von Vergnügungen, in den Suse sich gestürzt hatte. Ihr Herz aber war nicht so dabei, wie sie zu Beginn jener abwechslungsreichen Tage gedacht hatte. Still und abweisend saß sie abseits und sah dem Tanz nur zu. Die rauschende Ballmusik, das sich in freudigem Reigen drehende, wirbelnde Treiben, die froh erhitzten Gesichter ... das alles deckte ihr nur die Leere im eignen Innern noch mehr auf. Und anstatt im Leben selbst lebendig zu werden, wurde sie schweigsamer als vorher.

So machte sie alle schönen Hoffnungen zunichte, die die treue Klementine und der brave Theophil auf das bunte Balltreiben gesetzt hatten. Grämlich und trübselig von den Ausflügen in das Wintertreiben der Großstadt kehrte sie heim ... Und wenn sie wieder bei ihrem Kinde war, und wenn das verschlafene Kleine seine schlafgeröteten, heißen Bäckchen an das Gesicht der Mutter drückte, glücklich darüber, daß es nun nicht mehr allein in dem großen Pensionszimmer sein mußte, dann — ja, dann überkam Suse das unklare Gefühl: Warum nur schöpfe ich jetzt nicht von dem Wein der Daseinsfreude, den man vor mich stellte ... warum versäume ich unter den lebensdurstig atmenden Menschen jedesmal wieder, was mir so strahlend winkt ... warum sehne ich mich nach allen diesen Frohen und werde so traurig, wenn ich bei ihnen bin? Und vor diesem ewigen Schwanken ihrer Seele, vor dem haltlosen Umherirren ihrer Wünsche überkam Suse eine große Furcht. Was war das nur in ihr — dies Seltsame, Unsichere, das sie hin und her trieb ... sie immer nach etwas suchen ließ, das sie nicht kannte und wußte ... und nach dem sie sich dennoch so sehr bangte? Sie geriet in den Zorn gegen sich selbst und exarimmte gegen das Doppel-Ich, das ihr alle diese Pein schuf.

Klementine ließ nicht los. Von Fall zu Fall erwartete sie, Suse endlich aufleben zu sehen. Sie verlor den Mut nicht. Und Theophil, der ganz in den Kavalierdiensten aufging, die er den Damen zu leisten hatte, freute sich schon immer eine ganze Woche lang auf den Abend, da er mit Base Klementine zusammensein durfte.

Nun stand der letzte Ball des Winters bevor. Theophil wartete im Empfangssalon der Pension, ängstlich bemüht, das blendende Weiß des Frackausschnittes auch vor dem geringsten Stäubchen zu bewahren. Alle fünf Minuten griff er vorsichtig in die Brusttasche und zog ein weißes Seidentuch hervor, mit dem er unendlich sorgsam über die schneeige Hemdenbrust stäubte. Dann zog er die scharfgebügelten Falten seines Beinkleides immer noch ein wenig höher und enthüllte ahnungslos, höchst unkorrekt, immer mehr den lila Schimmer seiner Ballstrümpfe.

Da erlöste ihn Klementine aus dem langweiligen Warten.

„Das sind die Nachteile Ihrer treuen Pagendienste, lieber Theophil. Damen sind niemals zur rechten Zeit fertig. Sie sollten das in den letzten Wochen gelernt haben."

„Angebetete Base Klementine — ich warte gern. Jede Sekunde Verzögerung erhöht mir nur die Freude an dem Augenblick, in dem ich Sie wiedersehe."

Und das Hackenklappen mißlang gründlich, weil die flachen Absätze der eleganten Tanzschuhe sich nicht dazu eigneten. Theophil trug die engen Tinger, obwohl er den ganzen Abend gehorsam neben der Base saß, die stets mit einem Blick auf den Vetter jedem Herrn die Aufforderung zum Tanzen abschlug. Und immer wieder küßte der zufriedene Theophil ihr die Hand und war sich dessen gar nicht bewußt, daß er eine sehr unkorrekte Handlung beging, wenn er so egoistisch die Base von dem Vergnügen abhielt, das doch nun einmal der Ball bieten soll.

„Nun — und die gnädige Frau?"

„Suse? Die ist eben eine rechte Susel. Es fehlte ihr wieder einmal die Lust zu dem Fest. So trödelte sie mit dem Fest. So trödelte sie mit dem Auskleiden der Kleinen, daß ich wirklich nahe daran war, ärgerlich zu werden. Nun wird sie wohl gleich da sein."

Sie setzte sich einstweilen Theophil gegenüber, der seine bewundernden Augen über die heute besonders jugendlich und reizend aussehende Kusine schweifen ließ.

„Sie sehen bezaubernd aus, Base Klementine!"

„Finden Sie? Dann habe ich wohl meinen guten Tag. Um so besser! Vielleicht findet sich heute endlich einer, der mir selbst etwas abgewinnt und nicht nur noch der Mitgift fragt."

Theophil ging eine tiefe Röte über die Stirn.

„Ich höre es nicht gern, Klementine, wenn Sie so reden. Nein, wirklich nicht!" beteuerte er unter ihrem fröhlichen Auflachen. „Wenn Sie ernstlich wollten, so hätten Sie schon längst den Mann gefunden, der Ihnen ein nur verdientes Glück schenken könnte. Sie sind aber auch andern Männern gegenüber so überlegen — wie mir gegenüber —, daß man sich scheut, nur einmal irgendein wärmeres Wort zu sagen. Sie spotten immer.

(Fortsetzung folgt.)

sehr schwächlich und an dem einen Arm gelähmt ist, vermochte sie doch, den Kopf für einen Moment frei zu machen, um wiederholt laut um Hilfe zu schreien. Diese Hilferufe wurden von Nachbarn gehört, die durch den Polizeinotruf 01 das Ueberfallkommando der Kriminalpolizei verständigten. Bald erschien das Ueberfallkommando der Kriminalpolizei in einer Stärke von fünf Beamten im Kraftwagen vor dem Hause. Ebenso waren von dem Polizeirevier am Bendlerplatz zwei Schutzpolizeibeamte herbeigeeilt. Als die Polizeibeamten in der Küche erschienen, holten die Räuber das inzwischen schon der Ladenkasse entnommene Geld — es waren etwa 30 bis 40 Mark — aus ihren Taschen heraus und warfen es auf den Tisch. Irgendwelchen Widerstand wagten sie nicht zu leisten. Sie wurden von der Polizei an den Händen gefesselt und im Auto nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Es stellte sich heraus, daß der eine der beiden Täter erst 19 Jahre alt ist, der andere 22 Jahre. Der 22jährige heißt Georg Seidel, ist von Beruf Haushälter und wohnt in der Rosenthaler Straße. Sein Komplice ist Schneidergehilfe, heißt Erich Jensch und wohnt in der Trebnitzer Straße.

„Das politische Weihnachtsfest des deutschen Volkes",

über dieses Thema sprach in der gut besuchten öffentlichen Volksversammlung der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" im Hotel „Preußische Krone" (im N.-S.-Versammlungslokal) zu Bad Warmbrunn am Mittwoch, den 18. Dezember 1929, der Provinziallandtagsabgeordnete und Herausgeber des „Hirschberger Beobachters" Pg. Paul Franke-Hirschberg.

Ausgehend von der diesjährigen politischen Bedeutung des Weihnachtsfestes durch den ihm so unmittelbar vorausgehenden Schicksalstag des gesamten deutschen Volkes, dem Tage des Volksentscheides am 22. Dezember 1929, der das Los des deutschen Vaterlandes auf 59 Jahre hinaus bestimmt, kam der Redner auf eingehende Vergleiche zwischen Dawesplan und Youngplan zu sprechen.

Nach dem Dawesplan: 2½ Milliarden Reichsmark Jahreszahlung bei absolutem Währungsschutz durch die Transferschutzbestimmung, das bedeutet: in absehbarer Zeit gänzliche Aufhebung der Jahresratenzahlung und weiterhin nur Reparationslasten von einigen wenigen hundert Millionen Reichsmark jährlich. —

Nach dem Youngplan: 2 Milliarden Reichsmark Jahreszahlung bei Währungsgefährdung durch Aufhebung der Transferschutzbestimmung, das bedeutet: 59 Jahre lang durchschnittlich 2 Milliarden Reichsmark Jahreszahlung unter jeder Bedingung ausnahmslos!

Weiterhin bestimmt der Youngplan:

1. Deutschland verpflichtet sich, nicht nur, wie auf Grund des Versailler Vertrages bestimmt wird, die Kriegsschäden, sondern auch die Kriegsschulden seiner Kriegsgegner zu bezahlen.

2. Deutschland verpflichtet sich, den Reparationsgläubigerstaaten nunmehr 4 Milliarden Reichsmark, zahlbar in 58 Jahresraten und zwar in Devisen zu bezahlen.

3. Deutschland verzichtet auf jegliche Anrechnung sämtlicher bisher geleisteter Verpflichtungen (bisherige Barzahlungen, abgeliefertes Heeresgut, abgetretene Gebiete und Kolonien im Werte von 200 Milliarden Reichsmark!)! —

4. Deutschland ist einverstanden mit der Gründung einer Weltbank internationalen Gepräges für zu leistende Reparationszahlungen an Stelle des bisherigen Reparationskontos bei der Reichsbank. —

5. Deutschland ist einverstanden, daß an der Weltbank nicht nach politischen, sondern nach geschäftlichen Grundsätzen verfahren wird.

6. Deutschland verpflichtet sich bei Zahlungsunfähigkeit zur Inszenierung von Massenauswanderung seiner Bevölkerung, um eine aktive Handelsbilanz zu erzielen und sein ausgewandertes Menschenmaterial auf Reparationskonto in der Sklaverei arbeiten zu lassen!!!

Unter der Wucht der Furchtbarkeit des Gehörten fand keine Diskussion statt. — Im Schlußwort beantwortete der Redner mehrere Anfragen. — Einige Neuaufnahmen waren der äußere Erfolg des Abends. S. F.

Unerhörte Zustände bei einer Bahnstation.

Wie katastrophal sich der große Beamtenabbau bei der Reichsbahn auswirken kann, zeigte eine Verhandlung vor der Liegnitzer Großen Strafkammer, die 4 Beamte der Station Kaiserswaldau wegen Amtsunterschlagung auf der Anklagebank sah. Vor dem großen Beamtenabbau hatte die Station 21 Mann zur Verfügung, nachher mußte der gleiche Betrieb mit 11 Kräften bewältigt werden. So wurde z. B. der Arbeiter Otto Erlebach zum Schalter- und Güterdienst herangezogen, obwohl er nicht ausgebildet war! Der Bahnhofsvorsteher übte keine genügende Kontrolle, und so kamen „Schweinezustände" heraus. Es fehlten immer wieder Fahrkarten, die außer der Reihe verkauft wurden. Große Fehlbeträge waren an der Tagesordnung. Um sie zu decken, war es üblich, Geld, das beim Nachlösen von Fahrkarten einging, zu verwenden. So herrschte ein großes Durcheinander. Einzelne Beamte entnahmen der Kasse einfach für ihren Privatgebrauch kleine Geldbeträge und legten dafür Zettel in die Kasse, um diese später wieder einzulösen. Außer Erlebach, der vom Schöffengericht freigesprochen wurde, weil er den gestellten Anforderungen nicht gewachsen war, waren angeklagt, die Eisenbahnbetriebsassistenten Max Effner, jetzt in Mittelwalde, Max Schneider, jetzt in Görlitz, Walter Süßmann, jetzt in Nieder-Tillendorf, und Reinhold Geis, jetzt in Bunzlau. Während Schneider, dem eine Schuld nicht nachzuweisen war, ebenfalls vom Schöffengericht freigesprochen wurde, erhielten Effner, Süßmann und Geis wegen Amtsunterschlagung je 3 Monate Gefängnis mit Strafaussetzung. Gegen dieses Urteil legten Staatsanwalt und Angeklagte Berufung ein. Nach erneuter mehrstündiger Beweisaufnahme, in der 12 Zeugen und 1 Sachverständiger vernommen wurden, plädierten die Verteidiger, Justizrat Mamroth (Breslau) und Rechtsanwalt Seiffert (Liegnitz) auf Freispruch. Schließlich wurde die Berufung der Staatsanwaltschaft verworfen, das angefochtene Urteil aufgehoben und die drei noch verurteilten Angeklagten wurden freigesprochen. Den Aussagen des Erlebach konnte nicht mehr voller Glauben geschenkt werden, sodaß Effner keine unrechtmäßige Verwendung der Nachlösegelder nachzuweisen war. Bei Süßmann und Geis, die zugegeben hatten, Gelder vorübergehend der Kasse entnommen zu haben, wurde das subjektive Bewußtsein der Unrechtmäßigkeit, das zur Verurteilung notwendig wäre, nicht angenommen.

Neue schwere Schadenfeuer.

Am Mittwoch nachmittag zwischen 12 und 13 Uhr entstand infolge Heißlaufens eines Lagers im obersten Stockwerk der Mühle in Röchlitz bei Goldberg ein Schadenfeuer, das einen bedrohlichen Charakter anzunehmen schien. Nur da der Brand sofort bemerkt wurde, gelang es, des Feuers Herr zu werden, sodaß nur ein Teil des Dachstuhls vernichtet wurde. Trotzdem ist der Schaden erheblich, da etwa 400 Zentner Mehl und 300 Zentner Futter durch Wasser vernichtet wurden. — Am Mittwoch brach in den Büros und Unterkunftsräumen des Bruches vom Basaltwerk Rabishau Feuer aus. Es konnte abgelöscht werden, ehe größerer Schaden entstand. — Infolge Fahrlässigkeit brach im Grundstück der Steinbrichmühle in Langenbielau Feuer aus. Der Dachstuhl des Stallgebäudes wurde vernichtet. Ein 17jähriger Knecht, der auf dem Boden des Stallgebäudes schlief, wird vermißt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er in den Flammen den Tod gefunden hat.

Von Zigeunern verschleppt . . .

Ein 17jähriger Junge aufgegriffen. — Wohin gehört er?

Amtlich wird mitgeteilt: Kürzlich wurde von der Polizei ein 17jähriger junger Mann festgenommen, der nicht genau angeben kann, ob er Otto Paul oder Paul Otto heißt und auch nicht sicher weiß, ob er am 4. oder 7. April 1912 geboren wurde. Auch der Geburtsort ist ihm unbekannt. Er will in früher Kindheit seinen Eltern von Zigeunern entführt und verschleppt worden sein. Nach den eingeleiteten Ermittelungen ist seinen Angaben Glauben zu schenken. Der Junge ist mit den Zigeunern durch Deutschland und Oesterreich gezogen. Durch besondere Merkmale dürfte es möglich sein, die Eltern des Jungen zu ermitteln. Das linke Auge ist auffallend nach der Nase zu gestellt, sodaß es einen schielenden Eindruck macht. An der rechten Wange hat er eine 1½ cm. lange und ½ cm. breite Narte, die von einer Verwundung mit einem Nagel aus dem 10. Lebensjahr herrühren soll. Die Eltern des Wiedergefundenen werden ersucht, sich bei der zuständigen Polizeibehörde zu melden.

— **Herr Joseph Schneider,** früherer Gemeindekassenrendant hierselbst, wohnhaft in Patschkau, ist im Alter von 75 Jahren nach kurzer Krankheit daselbst verstorben. Der Verstorbene war Kriegsveteran von 1870-71 und erhielt bei seiner Verabschiedung den Titel eines Leutnants der Landwehr.

hy. **Gedenket der Tiere zur Winterszeit!** Zur jetzigen Winterszeit gilt es besonders, für die Tiere ein warmes Herz zu haben und sie vor unnötigem Leiden zu bewahren. Pferde sollten nicht zu lange in Nässe und Kälte stehen müssen. Der Hofhund hat Anspruch auf eine dichte, mit Stroh ausgelegte Hütte und bei grimmiger Kälte auf einen Platz im Haus. Für die hungernden Vögel sollten geeignete Futterstätten geschaffen werden.

— **Häßlich gefärbter Zahnbelag** „Ein Kummer waren stets meine gelben Zähne. Nachdem ich alle Hilfsmittel angewandt hatte, versuchte ich es mit Chlorodont und die Wirkung war erstaunlich . Heute erfreue ich mich gesunder weißer Zähne." Gez. E. Jacobi, Landsberg a. d. Warthe.

hy. **Goldberg,** 19. Dezember. (Ein Christbaum gratis.) Die Gemeinde Harpersdorf hat jedem Gemeindemitglied, das sich an der letzten Holzauktion im Gemeindeforst beteiligte, einen schönen Christbaum umsonst überlassen.

hy. **Goldberg,** 19. Dezember. (Im Banne des Rauschgiftes.) Ein früher hier beschäftigter arbeitsloser Gärtner, der völlig in den Bann eines Rauschgiftes, des Kokain, geraten ist, erschien hier bei einem Arzt und spielte den wilden Mann, sodaß ihm 0,05 Gramm Kokain verschrieben wurden. Er fälschte dieses Rezept in 0,15 Gramm. Die Fälschung wurde in der Apotheke erkannt, da nie so große Mengen abgegeben werden. Hierauf drohte der rabiate Mensch alles kurz und klein zu schlagen. Man mußte ihn mit Gewalt zur Wache bringen, wo er den Geisteskranken spielte. Auch in anderen Städten soll er schon in ähnlicher Weise aufgetreten sein, um zu dem Gift zu kommen.

Breslau. Schwere Schäden im Schneesturm. Ein Schneesturm vor orkanartiger Gewalt tobte in den letzten Tagen im Eulengebirge. Der Sturm hat vielen Schaden durch Windbruch in den Forsten und Anlagen und an Gebäuden angerichtet. Bei Steinseifersdorf wurde ein Baum entwurzelt und über die Straße geschleudert. Dadurch kam in der Dunkelheit des frühen Morgens eine ganze Anzahl zur Arbeit fahrender Leute zu Fall und verunglückte schwer. Der Fabrikweber Fritz Milde zog sich beim Sturz eine schwere Gehirnerschütterung zu und erlitt Verletzungen. Die Weberin Krause aus Friedrichshain stürzte über dasselbe Hindernis so schwer, daß sie ebenfalls mit bedenklichen Verletzungen vom Platze getragen werden mußte.

Liegnitz. Riesenverluste im Konkurs. Der aufsehenerregende Konkurs der Zuckerfabrik Scherzer u. Co. in Neuhof zieht immer weitere Kreise. Vor allem sind zahlreiche Landwirte geschädigt. In der Gläubigerversammlung wurde mitgeteilt, daß nach dem vorläufigen Statut ein Verlust von 535 000 Mark ausgewiesen wird. Der Wert des Grundstücks der Zuckerfabrik sei mit 825 000 Mark, der des Ritterguts Rudolphsbach mit 630 000 Mark und der des Herrenhauses Neuhof mit 125 000 Mark angenommen.

Kattowitz. Von der einstürzenden Mauer erschlagen. In Eichenau bei Kattowitz ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt wurde. Bei den Abbrucharbeiten bei dem früheren Idaschacht stürzte eine alte Mauer ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Trotz sofortiger Rettungsmaßnahmen konnten die Arbeiter Alois Wieczorek und Eduard Kiesiel nur noch als Leichen geborgen werden. Der Arbeiter Georg Matlik trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Der Maurerpolier, der die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt hatte, wurde verhaftet.

Gabersdorf. Zwei Wirtschaften niedergebrannt. Ein größeres Feuer, durch das die Gebäude von zwei Wirtschaften zerstört wurden, wütete in den frühen Morgenstunden im oberen Teile von Gabersdorf. Der Brand kam in der Scheune des Landwirts Mildner kurz nach 2 Uhr nachts zum Ausbruch und hat auf das Strohdach des etwa 15 Meter langen Wirtschaftsgebäudes, unter dem sich die Stallungen und Wohnräume befanden, übergegriffen. Durch Flugfeuer wurden dann die Scheuer und das Wirtschafts- und Wohngebäude des Landwirts Neutzler in Brand gesteckt und vernichtet.

Ottmachau. Lokomotivenzusammenstoß. Bei den Arbeiten am Staubecken bei Ottmachau stießen zwei Lokomotiven der Firma Berger in voller Fahrt aufeinander. Ein Lokomotivführer und ein Heizer erlitten schwere Oberschenkelbrüche, ein Begleiter wurde schwer verbrüht. Außerdem fand man einen vierten Schwerverletzten mit schweren Brandwunden und gebrochenem Bein auf. Zwei der Schwerverletzten sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen. Die Schuld an dem Unglück soll ein Lokomotivführer tragen, der auf falschem Gleis fuhr.

Das große Ansehen der Sklareks.

Ein „Halbverrückter" in der Stadtbank.

Berlin, 20. Dezember.

Die Vernehmung im Sklarekuntersuchungsausschuß drehte sich zunächst um die von den Stadtbankdirektoren unterlassene Nachfrage bei den Bezirksämtern wegen der angeblichen Forderungen der Sklareks an sie. Seitens des Ausschusses wurde geltend gemacht, daß durch eine rechtzeitige Nachfrage der Stadt Millionen erspart geblieben wären. Als Stadtbankdirektor Schmitt vorgehalten wurde, daß er als Beamter doch die Pflicht gehabt habe, in erster Linie auf die Stadt Rücksicht zu nehmen und nicht auf die Sklareks, erwiderte der Zeuge, daß er bei dem großen Ansehen, das die Sklareks genossen, zunächst annahm,

daß die Feststellungen der Revisionsbeamten auf Unstimmigkeiten bei den Bezirksämtern zurückzuführen seien.

Abgeordneter Hillger warf dem Zeugen vor, daß er sich immer schützend vor die Sklareks stelle, es ihm aber bekannt sein mußte, daß die Sklareks z. B. Knabenanzüge für zwei Anstalten geliefert hätten, die nur alte Leute beherbergten. Der Zeuge bestreitet aber dieses, auch will er nicht am 14. September irgend eine Verbindung mit den Sklareks gehabt haben. Der Syndikus der Stadtbank, Direktor Dr. Lehmann, erklärte, daß er stets Gegner der stillen Zession gewesen sei. Er habe nicht einmal, sondern Dutzende von Malen den Herren im Vorstand der Stadtbank gesagt: „Beruhigen Sie mein juristisches Gewissen durch Beseitigung der stillen Zession und verlangen Sie endlich Bestätigung der Lieferungen durch die Bezirksämter", worauf dann über ihn geäußert worden sei:

„Da sitzt ein Halbverrückter auf der Stadtbank, der wird schon noch alle Kunden rausgraulen".

Die Sklareks seien stets gut unterrichtet gewesen, so daß man sie öfters als Informationsquelle für Kommunaldinge benutzt habe. (Hört, Hört.) Hoffmann habe dem Zeugen gesagt: „Einer der Brüder ist Demokrat, ein anderer Sozialdemokrat", worauf Dr. Lehmann gefragt habe: „Und der dritte ist deutschvölkisch?" Hoffmann habe ihn dann groß angesehen und erwidert: „Der duzt sich wenigstens mit Herrn Bruhn!" (Erneute Heiterkeit.) Damit sei das Gleichgewicht wieder hergestellt gewesen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hillger (Dnat.), weshalb denn immer mit dem Bankgeheimnis operiert worden sei, erklärte der Zeuge Dr. Lehmann, das Bankgeheimnis sei allerdings das Steckenpferd von Direktor Hoffmann gewesen. Nach dem Kredit von 750 000 Mark befragt, erklärte der Zeuge, daß es sich dabei um

eine ganz mysteriöse Angelegenheit

handele. Er habe gehört, daß der Vorstand auf telephonischem Wege die Zustimmung der Mitglieder des Kreditausschusses verlangt habe. Solche telephonische „Verantwortungsentlastungen" des Vorstandes seien in nachgewiesenen Fällen vorgekommen, aber nur, wenn es sich um niedrige Beträge handelte, nicht um dreiviertel Millionen.

Urteil im Neuköllner Betrugsprozeß.

Freiheits- und Geldstrafen.

Berlin, 20. Dezember.

Im Prozeß gegen die Leiter der Neuköllner Großhandelsgesellschaft verkündete nach zweistündiger Beratung Landgerichtsdirektor Dr. Braune das Urteil:

Der Angeklagte Boigs wird wegen Untreue in drei Fällen zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Groger erhielt drei Monate Gefängnis und der Angeklagte Heinricht 600 Mark Geldstrafe wegen gemeinschaftlichen Betruges. An Stelle der Geldstrafe treten bei Boigs 100 Tage Gefängnis und bei Heinricht 20 Tage im Falle der Nicht-Beitreibung ein.

In der Begründung wies der Vorsitzende auf die Vertrauensstellung des Angeklagten Boigs als Geschäftsführer der Neuköllner Großhandelsgesellschaft hin, die ihn zu besonderer Pflichterfüllung verpflichtete. Er möge ein tüchtiger und gerissener Kaufmann gewesen sein, die moralischen Qualitäten, die ein solcher Kaufmann jedoch haben müsse, hätte der Angeklagte Boigs nicht besessen. Auch der Angeklagte Groger, der die Gehaltslisten-Fälschung veranlaßte, bewies dadurch seine moralische Minderwertigkeit.

Englische Südafrikaflieger abgestürzt.

Wahrscheinlich gegen eine Bergkette gestoßen.

London, 20. Dezember.

Das englische Luftfahrtministerium gab amtlich bekannt, daß die Nachricht von dem Absturz der britischen Südafrikaflieger sich bestätigt und beide Insassen des Flugzeuges, Major Williams und Leutnant Jenkins, bei dem Absturz getötet wurden. Einzelheiten liegen im Luftfahrtministerium noch nicht vor.

Luftfahrtminister Thomson hatte kurz vor Vertagung des Oberhauses mitgeteilt, daß auf Grund eines Berichtes des englischen Generalkonsuls in Tunis kein Zweifel bestehen könne, daß es sich bei dem abgestürzten Flugzeug um die englischen Südafrikaflieger handele. Gegenwärtig sind umfangreiche Nachforschungen im Gange. Man nimmt an, daß die Flieger nach Zurücklegung von etwa 1200 Meilen in den Ausläufern des Atlasgebirges abstürzten

*

In den Nachmittagsstunden wurde in der Stadt Tunis die Nachricht bekannt, daß Eingeborene in der Gebirgsgegend nördlich von Zagi-Ouan auf die Trümmer eines Flugzeuges gestoßen waren, in dem sich die Leichen zweier Flieger befanden. Die sofort vorgenommene Untersuchung der Behörden wurde durch das schlechte Wetter und die Schwierigkeiten der Gegend sehr erschwert. Erst nach Einbruch der Nacht konnte einwandfrei festgestellt werden, daß es sich bei dem verunglückten Apparat um den englischen Eindecker handelt. Die Leichen und die Trümmer des Apparates konnten nicht sofort fortgeschafft werden und mußten unter Bewachung einer Abteilung an Ort und Stelle belassen werden. Man ist der Ansicht, daß die englischen Flieger, gefährdet durch schweres Unwetter, in der Nacht eine Landung versuchten, wobei sie gegen eine Bergkette gestoßen und abgestürzt sind.

Lokomotive fährt in Arbeiterkolonne.

Sechs Tote, sechs Verletzte.

= Essen, 20. Dezember.

An dem Streckenblock Sellerbeck kurz vor dem Bahnhof Mülheim-Ruhr—Eppinghoven fuhr bei starkem Nebel eine Lokomotive in eine Arbeiterkolonne. Hierbei wurden vier Arbeiter getötet und acht verletzt. Im Mülheimer Krankenhaus sind 2 der Verletzten gestorben.

Im Industriegebiet verdichtete sich der Nebel in den Mittwoch-Abendstunden und in der Nacht derart, daß starke Straßenbahn- und Zugverspätungen eintraten, die bei Personenzügen bis über eine Stunde betrugen.

Schiffsunglück vor Neuyork.

Zwei Passagierdampfer zusammengeprallt.

♂ Neuyork, 20. Dezember.

90 Kilometer vom Neuyorker Hafen entfernt rammte der Personendampfer „Algonquin" infolge undurchdringlichen Nebels den Personendampfer „Fort Victoria" mittschiffs. Die sofort einsetzenden Hilfsmaßnahmen verhinderten eine Panik, so daß keine Verluste an Menschenleben eintraten. Die „Fort Victoria" ist gesunken.

Die „Fort Victoria", die mittschiffs ein großes Leck erhalten hatte, sank drei Stunden später beim Ambrose-Leuchtturm, während die „Algonquin", gleichfalls schwer beschädigt, mit eigener Kraft in den Hafen zurückkehren konnte. Die Passagiere der „Fort Victoria" wurden von Pilotenbooten aufgenommen und konnten alle gerettet werden.

Der leuchtende Fahrplan

Die Reichsbahndirektion Berlin hat auf dem Querbahnsteig des Anhalter Bahnhofs eine Leuchttafel aufstellen lassen, die einen anschaulichen Ueberblick über die von Berlin aus bestehenden direkten Verbindungen mit ausländischen Städten vermittelt. Zunächst leuchtet am Rande der Tafel der Name der Zielstation des direkten Wagens sowie die Angabe über die Fahrtdauer in weißem Licht auf, anschließend erscheint abschnittsweise im Kartenbild der Weg des Wagens in rotem Licht.

Berliner Ereignisse.

Sprengstoffanschlag bei der A.E.G.

In den Geschäftsräumen der A.E.G. in der Brunnenstraße 107 wurde ein Sprengstoffanschlag verübt. Ein früherer Werksangestellter der A.E.G., ein gewisser Oskar Hubatsch, brachte eine Bombe zur Explosion, um anscheinend in der entstehenden Verwirrung Lohngelder zu rauben, von deren Vorhandensein er von dritter Stelle unterrichtet worden sein muß. Glücklicherweise wurden Personen nicht verletzt. Auch der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Täter ist nach dem Anschlag geflüchtet und wird von der Kriminalpolizei und der Abteilung 1A des Polizeipräsidiums gesucht.

Erhöhung des Berliner Verkehrstarifs beschlossen.

Die Generalversammlung der Berliner Verkehrs-A.G. hat folgende Fahrpreise gültig ab 2. Januar 1930 beschlossen: Die Fahrt auf Straßenbahn, U-Bahn oder Omnibus kostet für Erwachsene 25 gegen bisher 20 Pfennig, für Schüler 15 gegen bisher 10 Pfennig. Einmaliges Umsteigen ist gestattet.

Wieder Unterschlagungen bei der Stadt.

In den Betrieben der Städtischen Lehrwerkstätten für Kriegsbeschädigte und Erwerbsbeschränkte sind anläßlich einer plötzlichen Revision größere Unterschlagungen festgestellt worden, die dem Buchhalter der Werkstätten, Osdorf, zur Last gelegt werden. Im Auftrage des Bürgermeisters findet zur Zeit eine Nachprüfung statt.

Erwerbslosendemonstration verboten.

Berlin, 20. Dezember. Die für Donnerstag abend festgesetzte Demonstrationsversammlung der Erwerbslosen am Neuen Markt unweit des Berliner Rathauses ist von der Polizei verboten worden, da der Neue Markt innerhalb der polizeilichen Bannmeile liegt und sämtliche Demonstrationen deshalb verboten sind. Auf dem Neuen Markt sammelte sich gegen 6 Uhr eine größere Anzahl von Erwerbslosen an, wobei es häufig zu Zwischenfällen kam. Mehrere Personen wurden sistiert und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der Zug der Erwerbslosen am Bülowplatz, der sich in Bewegung nach dem neuen Markt gesetzt hatte, wurde ebenso wie der Neuköllner Demonstrationszug aufgelöst. Zu blutigen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Kleine Chronik.

Die Automobilladung des „Aegir" wird geborgen. Nachdem das Wetter sich gebessert und der Sturm nachgelassen hat, konnten drei schwedische Bergungsdampfer beginnen, die wertvolle Ladung des Hamburger Dampfers „Aegir" zu retten. „Aegir", ein früheres deutsches Kriegsschiff, war am 6. Dezember an der Küste von Gotland gestrandet. Man hofft, die an Bord befindlichen 235 Automobile retten und nach Wisby führen zu können.

Wieder ein französisches Pulverlager in die Luft geflogen. Nachdem erst am 11. November das Hauptlager der Festung Toul in die Luft geflogen ist, explodierte jetzt ein neues Pulverlager. Etwa 20 Tonnen Pulver wurden dabei vernichtet. Die Bevölkerung ist in Aufregung und forscht vergeblich nach den Ursachen der kurz aufeinander folgenden Explosionen.

Eine deutsche Fliegerin in Frankreich notgelandet. Eine junge deutsche Fliegerin, die mit einem Kleinflugzeug in Mannheim aufgestiegen war, sich aber im Nebel verirrt hatte, landete in der Nähe von St. Louis auf französischem Boden, 500 Meter von der Grenze entfernt. Die französische Gendarmerie nahm das Protokoll auf und war der Fliegerin dann zur Rückkehr über die Grenze behilflich.

Benzinexplosion und Garagenbrand in Lyon. In einer Großgarage in Lyon brach in den späten Abendstunden ein Großfeuer aus, das im Nu ungeheuren Umfang annahm. Ein Benzintank, der etwa 20 000 Liter Benzin enthielt, explodierte aus bisher unbekannter Ursache. 60 Kraftwagen, eine große Reihe von Motorrädern und Fahrrädern fielen den Flammen zum Opfer. Trotz erhöhten Einsatzes der Feuerwehr gelang es nicht, Herr der Lage zu werden; im Gegenteil, durch heftigen Wind begünstigt, griff das Feuer auf ein daneben liegendes großes Sägewerk über und legte es in Schutt und Asche. Ein weiteres, anschließendes Gebäude wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Das riesige Schadenfeuer konnte nach großen Anstrengungen endlich eingedämmt werden. Der Schaden ist noch nicht genau abzuschätzen, wird aber höchstwahrscheinlich mehrere Millionen übersteigen.

Breslau. Der betrügerische Bankier Löwenstein. Der 38jährige Bankier Albert Löwenstein unterhielt hier, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, eine Bankkommissionsfiliale. Sein Hauptgeschäft befand sich in Berlin, Friedrich-Wilhelm-Straße 6. In zahlreichen Fällen übernahm er von Schuldbuchgläubigern die Reichsschuldurkunden gegen eine geringe Anzahlung. Nachdem die Ansprüche in das Reichsschuldbuch auf seinen Namen übertragen worden waren, sollte die Restzahlung an die Gläubiger erfolgen. Löwenstein hat sein Versprechen aber nicht eingelöst, sondern die Ansprüche lombardiert und mit dem Erlös die Flucht ergriffen. In Breslau hat er viele Leute nach den bisherigen Feststellungen um etwa 60 000 Mark geschädigt. Die Hauptgeschädigten sind deutsche Flüchtlinge aus Posen und Oberschlesien.

Ein deutscher Prinz wird holländischer Prinzgemahl.

Die Verlobung der holländischen Prinzessin Juliana wird in allernächster Zeit offiziell bekanntgegeben werden. Es soll zwar vorläufig noch Stillschweigen über den Namen des künftigen Prinzgemahls bewahrt werden, doch ist die Nachricht durchgesickert, daß es Prinz von Erbach-Schönberg sein soll. Der Prinz ist 25 Jahre alt und ein Neffe der Königin-Mutter Emma von Holland. Prinzessin Juliana beim Eislauf.

Das Treffen Carnera—Diener

Primo Carnera, der italienische Riesenboxer und Franz Diener vor dem Auswiegen zu ihrem Kampfe in der Londoner Albert Hall am Dienstag abend. Der Kampf endete mit dem Siege Carneras durch Kampfabbruch in der sechsten Runde.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 22. Dezember 1929. (4. Advent.) Vormittag 9 Uhr Beichte und heilig Abendmahl. 9,30 Uhr Gottesdienst. Pastor Kuske.

Dienstag, den 24. Dezember 1929. Nachmittag 5 Uhr Christnachtfeier. Pastor Kuske.

Mittwoch, den 25. Dezember 1929. (1. Weihnachtstag.) Vormittag 9,30 Uhr Gottesdienst. Pastor Kuske.

Donnerstag, den 26. Dezember 1929. (2. Weihnachtstag.) Vormittag 9,30 Uhr Gottesdienst. Geheimrat Buth.

Bekanntmachung

Die Beitragspflichtigen, welche mit Zahlung der Flußkatasterbeiträge für 1929 noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, binnen 3 Tagen an die hiesige Gemeinde-Hauptkasse Zahlung zu leisten, andernfalls die kostenpflichtige, zwangsweise Beitreibung erfolgen müßte. Für verspätete Zahlung sind außerdem die gesetzlichen Verzugszuschläge zu zahlen.

Bad Warmbrunn, den 19. Dezember 1929.

Der Gemeindevorsteher.
Dr. Unger.

Bei Grippegefahr!
Bei Halsentzündung und Heiserkeit!
Zur Disinfektion der Mund- und Rachenhöhle nur:
Warmbrunner Hals- und Katarrhpastillen!
Schloßapotheke, Bad Warmbrunn.

Kein Weihnachtstisch ohne Blumen
Die größte und schönste
Auswahl in Blumen für das Fest
zu billigsten Preisen finden Sie im
Blumengeschäft Tschorn Giersdorfer Str. 2
Bitte besichtigen Sie meine Auswahl ohne Kaufzwang
Laßt Blumen sprechen
Laßt Blumen sprechen

Präsentkörbe
in jeder Preislage.
Ausführung nach Wunsch empfiehlt
Paul Schütz.
gegenüber der Post
Telefon 131.

Passend als Weihnachtsgeschenk!
Gut erhaltener
Kinder-Rodelschlitten
preiswert zu verkaufen.
Näheres durch die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zu verkaufen:
Ein fast neuer Anzug,
eine warme Joppe für mittl. Figur.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Warmbr. Nachr."